

Aufbau vom Moralischen her  
(Bericht aus der Diskussionsrede vom Parteitag)

Das Wohl der Union fordert, das unsere Eigenständigkeit nicht nur eine schöne Theorie, sondern auch in der Praxis bis in das letzte Dorf der Zone Realität bleibt. Wir wissen, dass wir draußen im Lande, je weiter wir von den führenden Kräften entfernt sind, von den großen und mittleren bis zu den kleinsten und aller kleinsten Instanzen unseres Volkes oft auf Schwierigkeiten stoßen. Es ist Tatsache, dass die maßgebenden Stellen in Politik und Wirtschaft in den Händen von Kräften sind, die zu einem großen, meist größerem Teil, nicht unseres Geistes, aber leider zum Teil auch nicht vom Geist wahrer Demokratie erfüllt sind.

Das darf uns nicht der nahe liegenden Versuchung erliegen lassen, dass wir Ressentimentspolitik anfangen. Die Versuchung ist groß, und sie ist besonders groß, weil in den mittleren und kleinen Stellen unserer Partner oft nur kleine Politiker sind. Die Versuchung, dass man dann auch in Missstimmung und Verärgerung gerät, die auf uns wirkt wie die rote Fahne auf ein gewisses Tier, ist gegeben.

Wir wollen klar die Unterschiede sehen. Wir wollen Unrecht und Recht erkennen. Aber je größer das Unrecht ist, mit dem wir glauben uns auseinandersetzen zu müssen, desto ruhiger müssen unsere Nerven bleiben, desto gewählter und überlegter unsere Worte und desto sachlicher die Argumente und die Unterlagen, mit denen wir arbeiten. Ich verschweige es nicht, dass im Verlauf der letzten Monate manche Sorgen für uns akuter geworden sind. Ich will nicht zurückgreifen auf den in seinem Sinne umstrittenen Führungsanspruch, den Grotewohl am 29. Juli erhoben hat. Ich weiß, dass er als eine innerparteiliche Argumentation angesehen werden soll, wenn er auch in die breite Öffentlichkeit gegeben wurde.

Bedauerlich erscheint es, wenn in einem kürzlich verbreiteten Artikel für die Parteischulung von Oelsner unter der Überschrift „Partei neuen Typus“ Ausführungen enthalten waren, die uns aufhorchen hießen. Alle Bekenntnisse zum Marxismus regen uns nicht auf. Sie sind genauso ernst zu nehmen, wie unser Bekenntnis zur christlichen Politik. Wenn aber in Punkt 14 ausdrücklich als Ziel die Diktatur des Proletariats betont worden ist, wenn Robert Wehner von Dresden kürzlich formuliert hat: „Unsere früheren Fernziele sind jetzt Nahziele geworden<sup>1</sup>“, - dann fragen wir uns: Steckt etwas dahinter oder sind es nur Redensarten? Ganz konkret müssen wir auf diesem Unionsparteitag an die SED als Blockpartei die Frage richten: Seid ihr bereit, wie es dem Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates, an dem die SED offiziell mitgewirkt hat und den sie mitgestaltet hat, entspricht, den Willen der Mehrheit des Volkes anzuerkennen, auch wenn diese Mehrheit sich nicht für die SED entscheidet, oder seid ihr gewillt, auch als Minderheit mit Mitteln der Gewalt die Macht an Euch zu reißen? Diese Frage muss gestellt werden und zwar ganz leidenschaftslos und kühl auf Grund der Äußerungen, die parteiamtlich ergangen sind.

Wir bejahen aus innerster Überzeugung die heute von Oberst Tulpanow gemachte Feststellung über die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse im modernen Staat, in jeden modernen Staat. Ein Staat und ein Volk, das diese Rolle der Arbeiterschaft in weitestem Sinne des Wortes genommen nicht anerkennt, wäre wahrhaftig reaktionär.

Wir haben mit Freuden den Gruß der Vertreter aus den Betrieben entgegengenommen, unserer Vertreter aus den Betrieben. Wir wissen, dass viele, denen die Gabe des Wortes nicht gegeben ist, mit einem überzeugten christlichen Herzen in unserem Interesse die Hände täglich regen. Wir müssen uns dieser Verantwortung bewusst sein und darum sagen: Die Arbeiterschaft hat in jedem modernen Staat den Anspruch auf eine führende Rolle. Aber Arbeiterschaft ist nicht gleichbedeutend mit SED. (Zurufe: Richtig) Wenn sich überall diese Erkenntnis durchringt in den Reihen der Angehörigen der SED, diese Erkenntnis, dass man auch jene anderen unseres Staates im demokratischen Sinn für voll nimmt, welche nicht auf dem Boden der SED, nicht auf dem Boden des Marxismus, aber auf dem Boden der Demokratie und des Antifaschismus stehen, wenn diese Erkenntnis durchringt, würde viel Misstrauen, das unsere gesamte politische Arbeit in der Zone belastet, verschwinden. Es würde auch dem Wirtschaftsaufbau und der freudigen Zusammenarbeit auch gerade in den volkseigenen Betrieben zwischen den verschiedenen weltanschaulichen Richtungen nur von Nutzen sein.

Durch alle Reden, die wir gehört haben, angefangen von den staatsmännischen Reden von Dr. Lobedanz und Otto Nuschke, ist immer wieder die bedrückende Sorge hindurch geklungen über so manches Unrecht und manchen einseitigen Gewaltmissbrauch, der von manchen Seiten vollzogen wurde. Nicht wegen der marxistischen Überzeugung hat die SED seit 1945 viele Herzen im Volk verloren, sondern wegen solcher Einseitigkeiten und Gewaltmaßnahmen. (Zurufe: Sehr richtig!) Es gibt in unseren Reihen keinen wirklichen Politiker, der deshalb einem anderen gram ist, weil er sich aus Überzeugung zur marxistischen Weltanschauung bekennt. Wir lehnen es aber ab und wehren uns dagegen, das man uns reaktionär nennt, weil wir Übergriffe, Einseitigkeiten und Missbräuche brandmarken. Wir sind nicht reaktionär, sondern wir vollziehen diese Brandmarkung als Ehrenschatz der Demokratie. (erneut stürmischer Beifall)

Es muss aber auch das eine noch gesagt werden: Wir haben in unseren Reihen selbstverständlich – und begrüßen sie genauso als Freunde wie die Freunde aus der Arbeiterschaft – auch Männer der Wirtschaft, und zwar nicht bloß der großen Wirtschaft, sondern auch der kleinen im Handwerk und in den mittleren Betrieben und auch des Bauernstandes. Wir lehnen weiterhin auch jeden Missbrauch privatkapitalistischer Kreise ab. Wir wollen nicht nur den Missbrauch von Seiten der SED ablehnen, sondern auch von anderen Persönlichkeiten, die da und dort ein Gesetz falsch deuten oder einen SMA-Befehl in einem anderen Sinne benutzen, als vom Gesetzgeber beabsichtigt ist. Wir denken daran – das sage ich den Freunden der Wirtschaft. Ist es nicht ein erschütterndes Zeichen auch von der inneren Erkrankung der kapitalistischen Kreise, wenn wir nach der Währungsreform im Westen auf einmal gefüllte Lager angetroffen haben, wo vorher nichts zu kaufen war? Diese gefüllten Lager sind eine Anklage gegen das kapitalistische System. (Zurufe. Sehr richtig – erneuter Beifall)

Wir müssen in der Union den Mut haben, nach allen Seiten, wo Einseitigkeiten und Übergriffe vorkommen, ein offenes Wort zu sagen. Denn gerade als Christen haben wir uns mit niemandem verschwägert, weder mit dem oder jenem. Der christliche Sozialismus – oder besser gesagt, Sozialismus aus christlicher Verantwortung – ist ja der Weg, der nach Möglichkeit Einseitigkeiten verhüten soll. Wenn wir etwa einen solchen katastrophalen Fall nehmen, wie er jetzt in Meerane vorgekommen ist und der wohl in der ganzen Zone bekannt sein wird, mit seinen Riesenschiebereien, wo es um eine Million Meter Tuch und andere Dinge ging, in den privatkapitalistische Kreise, Leiter von volkseigenen Betrieben, Betriebsräte verwickelt sind, also Menschen aus allen Richtungen, wahrscheinlich auch aus allen weltanschaulichen Richtungen, so müssen wir doch feststellen: Das, was sich hier als Krankheit zeigt, das ist nicht eine einseitige marxistische oder einseitige privatkapitalistische Angelegenheit, sondern das ist eine Angelegenheit der ins Bodenlose gesunkenen Moral unseres Volkes. (lebhafteste Zustimmung)

Diese Tatsache ist natürlich auch zu verstehen aus der Kenntnis des historischen Materialismus heraus, wird aber von der anderen Seite zu wenig begriffen, weil man dort nur in ökonomischen Kategorien zu denken gewohnt ist und geistig-moralische Kategorien nicht genügend schätzt und wertet. (Beifall) Das muss unser Beitrag sein zum Gesamtaufbau an Deutschland, das wir diese moralischen Kategorien in ihrer Unwägbarkeit, aber dynamischen Bedeutung dem Volke klar zur Erkenntnis bringen. Beides ist nötig, der Aufbau der Wirtschaft vom Ökonomischen her und der Aufbau der Gesinnung und Haltung vom Moralischen her.